

Niederschrift

über die 03. Sitzung des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2020-2025) am 04.03.2021 in der kleinen Sporthalle im Herxfeld

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Am. Werner Berheide

die Ausschussmitglieder

Fischer, Guido
Ostlinning, Helmut
Peitz, Helmut
Sökeland, Dieter
Schöne, Dirk -für Am. Finke-
Holz, Peter
Linnemann, Franz-Josef -ab Pkt. 2-
Schuckenberg, Karsten
Lentz, Erich
Hartmann-Niemerg, Georg
Degen, Peter, Prof. Dr. -außer Pkt. 5-
Philipper, Johannes
Seidel, Ulrich -für Am. Freiwald-
Brinkemper, Ralf

als Gast/als Gäste

Westbrink, Norbert
Brinkmann, Sandra

vom Planungsbüro schnal-co-tec

Schnalke, Torsten -zu Pkt. 3-

von der Verwaltung

Uphoff, Josef, Bürgermeister
Middendorf, Thomas
Kniesel, Martin
Kriegt, Marcel
König, Andreas

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, den Bürgermeister, die Bürgerinnen und Bürger, die Pressevertreter, die Vertreter der Fachbüros sowie die Vertreter der Verwaltung.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Antrag auf Erweiterung des städtischen E-Ladesäulenangebotes -Antrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2021

Bürgermeister Uphoff berichtet vom Antrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2021 auf Erweiterung des städtischen E-Ladesäulen Angebots über den Haushaltsansatz 2021 hinaus. Konkret beantragt werden weitere 22-50 KW Schnellladesäulen wie die bereits am LIDL-Markt installierte. Herr Uphoff führt hierzu aus, dass man sich momentan in Standortermittlung für E-Ladesäulen befände. Der Bürgermeister sichert zu, dass bei Verfügung über die eingeplanten Haushaltsmittel auf den Antrag zurückgekommen werde.

1.2. Antrag zur Aufnahme von Planungsgesprächen zur Realisierung einer Stadthalle in Kooperation mit der Stadt Warendorf und privaten Investoren -Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2021

Herr Uphoff berichtet weiter über den Antrag der CDU-Fraktion zur Aufnahme von Planungsgesprächen für eine Stadthalle. Der Bürgermeister teilt mit, dass zu diesem Thema die Gespräche mit Bürgermeister Horstmann aus Warendorf intensiviert wurden und man in gemeinsamen Austausch stehe. Der Sachstand stelle sich aktuell so dar, dass zwei Gastronomen mit einer Planidee auf die Stadt Warendorf zugegangen seien. Nach erfolgtem Austausch werde er dieses Thema in einem anderen Ausschuss wieder aufgreifen.

1.3. Interkommunales Gewerbegebiet -Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2021

Bürgermeister Uphoff verliest den Antrag zur allgemeinen Information des Ausschusses im Wortlaut. Der Ausschuss nimmt diesen zunächst zur Kenntnis.

1.4. Verkehrsbelastung Wirtschaftsweg Subbern -Antrag der Anwohner vom 23.02.2021

Der Bürgermeister verliest einen Antrag der Anwohner des Wirtschaftsweges Subbern bzgl. einer zunehmenden Verkehrsbelastung. Herr Uphoff schlägt vor, diesen Punkt in einer der nächsten Sitzungen erneut zu beraten.

2. Flüchtlingsunterkunft im Herxfeld -Beschluss zur Ausführung des Lärmschutzes

Bürgermeister Uphoff fasst die bisherigen Sitzungsberatungen kurz zusammen und erfragt die aktuellen Sachstände aus den Beratungen in den Fraktionen.

Am Peitz erläutert hierzu, dass seitens der CDU eine Verschiebung des Baus einer Lärmschutzwand favorisiert werde. Es seien zwischenzeitlich weitere Gespräche mit den Anliegern geführt worden, aus denen hervorgegangen sei, dass sich die Lage derzeit deutlich entspannt habe. Bürgermeister Uphoff ergänzt hierzu, dass sich seit Beginn der Diskussion die Bewohnerzahl deutlich verringert habe. Im Sommer 2020 seien noch 19 Bewohner, im Herbst 16 und nunmehr noch 14 Personen in der Unterkunft untergebracht. Weiter berichtet Herr Uphoff, dass weiterhin Bemühungen zur Anmietung von Wohnungen verfolgt werden, um die Bewohnerzahl der Unterkunft im Herxfeld weiter reduzieren zu können, was

der Situation im Herxfeld weiter Entlastung verschaffe. Der Bürgermeister schlägt aufgrund der aktuellen Lage daher vor, zunächst politisch abzuwarten und die Situation im Herxfeld weiter zu beobachten.

Am Brinkemper merkt an, dass er die Problematik derzeit noch nicht als erledigt ansehe, er jedoch einer vorläufigen Verschiebung und weiteren Beratungen zustimme.

Am Hartmann-Niemerg unterstützt diesen Gedanken, weist jedoch ergänzend daraufhin, dass wenn eine technische Lösung des Lärmschutzes erforderlich werde, diese den bestmöglichen Schutz darstellen müsse und dies dann auch ggf. schnelles Handeln erfordere.

Der Beschlussvorschlag wird zunächst zurückgestellt.

**3. Umbau der ehemaligen Sporthalle Füchtorf zu einem Multifunktionsgebäude
-Beschluss über die Ausführung der Lüftungsanlage**

Herr Middendorf erläutert die gewünschte Änderungsplanung. Die Firma schnalco-tec habe daraufhin Nachberechnungen durchgeführt.

Herr Schnalke erläutert daraufhin die Änderungen und die Auswirkungen verschiedener Anlagemodelle.

Am Peitz fragt hierzu an, dass zwei Lüfter mit verschiedenen Luftdurchsätzen zu einem identischen Preis im Angebot aufgeführt seien, ob hier nicht automatisch die Größere gewählt werden solle und ob die Anlage bei einer Aufdachaufstellung mit einem Solekreislauf für den Winterbetrieb ausgerüstet werden könne. Herr Schnalke sichert zu dies bei Bedarf zu prüfen, bzgl. der verschiedenen Lüftergrößen müsse man die Gesamtanlage betrachten. Am Peitz greift nochmals auf seine Frage zurück und merkt an, dass bei 25% mehr Ventilatorleistung auch ein größerer Luftdurchsatz in der Halle erfolge. Herr Schnalke betont nochmals, dass dies nicht allein an der Lüftergröße bemessen werden könne, der entscheidende Vorteil eines größeren Lüfters sei ganz eindeutig die Variabilität der Gesamtanlage, welche bei der Gebäudegröße ganz entscheidend sei.

Am Linnemann spricht sich für die Variante 2 aus. Variante 3 sei deutlich teurer und nur für wenige Veranstaltungen sinnvoll. Am Holz unterstützt diese Meinung und ergänzt, dass die Standards in der Raumbelüftung zukünftig eher steigen als sinken.

Bürgermeister Uphoff teilt daraufhin mit, dass der Verwaltungsvorschlag nach dieser Diskussion auf Variante 2 geändert werde.

Vorsitzender Berheide lässt über den Verwaltungsvorschlag Variante 2 abstimmen.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:

„Die Maßnahme ‚Neubau einer Lüftungsanlage‘ wird in Ihrer Maßnahme beschlossen. Die Ausführung soll nach der vorgestellten Variante 2 erfolgen.“

4. **Sanierung des Freibades**
-Beschluss über die Ausbauvariante

Herr Middendorf verliest die Vorlage im Wortlaut und fasst die vorherigen Beratungen nochmals kompakt zusammen. Anschließend erfragt er die Beratungsergebnisse aus den Fraktionen.

Am Philipper erklärt, dass sich die FDP-Fraktion in ihren Beratungen für die Entwurfsplanung des Büros Göttker & Schöpfbeck ausgesprochen habe.

Am Brinkemper, Am Hartmann-Niemerg und Am Peitz folgen diesen Ausführungen. Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90 Die Grünen und CDU haben sich in ihren Beratungen ebenfalls für den Entwurf aus dem Hause Göttker & Schöpfbeck entschieden.

Am Holz erklärt, dass sich auch die FWG-Fraktion für diesen Entwurf ausspreche, hier innerhalb der Fraktion jedoch keine Einigkeit herrsche und unterschiedliche Meinungen vorliegen.

Bürgermeister Uphoff erläutert, dass man sich mit Blick auf einen realistischen Zeitplan für den Haushalt 2022 Mittel aus der Bundesförderung erhoffe und diese zunächst auch in der Planung einstelle. Bisher habe lediglich die Stadt Ennigerloh eine Förderung erhalten. Bei einer Umsetzung in diesem Jahr müsse daher die Deckung vollständig aus dem Haushalt erfolgen. Herr Uphoff führt weiter aus, dass er hierzu MdB Herrn Sendker bezüglich einer neuen Förderung angefragt habe, dieser hierzu jedoch aktuell noch keine neueren Informationen habe. Herr Uphoff schlägt daher vor, eine bauliche Umsetzung der Freibadsanierung zur Schließung des Bades zu Ende der Badesaison 2022 vorzusehen und einen Baustart für den 01.09.2022 anzuvisieren. Dies solle zudem auch für eine ausführliche Planungsruhe und schaffe die Möglichkeit, sich für eine neue Förderung zu bewerben.

Am Holz unterstützt die Ausführungen des Bürgermeisters und begrüßt den Baustart in 2022, um ggf. noch kleinere Änderungen oder Konkretisierungen in der Architektenplanung umsetzen zu können.

Am Philipper merkt an, dass die Fassung eines Beschlusses nunmehr wichtig sei um eine verlässliche Entscheidung zu erreichen. Er sehe die Verschiebung auf 2022 ebenfalls als richtig an, um die konkrete Planung in dieser Zeit abzuschließen und die Sanierung vorzubereiten.

Vorsitzender Berheide lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Es ergeht mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme folgender Beschluss:

„Die Sanierung des Freibades wird auf Basis des Vorkonzeptes des Büros Göttker & Schöpfbeck beschlossen. Dieses Büro wird mit der Erstellung einer Genehmigungs- und Ausführungsplanung beauftragt.“

5. **Bebauungsplan „Nördlich des Steinbrink“**
-Vorstellung des überarbeiteten Planentwurfs
-Beschluss über die erneute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Herr König verliest die Vorlage und erläutert die Grundzüge des geänderten Planentwurfes.

Die Am Holz, Peitz und Philipper begrüßen den Vorschlag 1 und sprechen sich für die Beibehaltung der Grünfläche in städtischem Besitz aus. Am Philipper ergänzt, dass hieraus eine schöne Trennung zwischen der Bestandsbebauung am Bekassinenweg und dem neuen Plangebiet entstehe.

Bürgermeister Uphoff merkt ergänzend an, dass man hierbei zwischen einer Grünstruktur und einem Ausgleich unterscheiden müsse. Der Behalt in eigenem Besitz sei städtebaulich sehr schön, stelle jedoch auch eine relativ teure Ausgleichsfläche dar.

Am Lentz greift den Hinweis des Bürgermeisters bezüglich der teureren Version auf und verweist darauf, dass spätere Streitigkeiten in der weiteren Bewirtschaftung und Pflege dann vorprogrammiert seien. Er würde die Veräußerung der Flächen zu einem geringeren Verkaufspreis, bspw. an die jeweiligen anliegenden Grundstückserwerber bevorzugen, um mit den zu erzielenden Gewinnen Ausgleichsflächen an anderer Stelle zu erwerben.

Am Holz merkt an, dass er eine Veräußerung der Flächen unter Vorgabe von Festsetzungen im Bebauungsplan zur Nutzung dieser kritisch sehe.

Am Schöne befürchtet bei einer Veräußerung ebenfalls Nachbarschaftsstreitigkeiten und stellt heraus, dass eine Grünzonierung dort auch positive Auswirkungen auf das Mikroklima im Plangebiet haben würde.

Am Linnemann erfragt, ob die Ablehnung der Anwohner zum Erwerb der Flächen auf einem zu hohen Preis fuße.

Bürgermeister Uphoff schildert hierzu, dass bisher noch keine konkreten Preisverhandlungen erfolgt seien und die Anregungen von Am Lentz bezüglich einer geringeren Preisstruktur interessant sein könnten. Er sagt zu, zu einer finalen Klärung nochmals den Kontakt zu den Anwohnern zu suchen.

Die Am Sökeland und Hartmann-Niemerg begrüßen dieses Angebot der erneuten Kontaktaufnahme.

Am Brinkemper fragt an, ob der Baumbestand an der Ecke Steinbrink / Kiebitzstraße erhalten bleibe. Herr Uphoff bestätigt dies, weist jedoch darauf hin, dass ggf. einzelne Bäume zur Schaffung einer Zufahrt weichen müssen.

Es ergeht mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nachfolgender Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des überarbeiteten Planentwurfes und unveränderter Planung, die Grünzonierung zwischen Plangebiet und Bekassinenweg als öffentliche, nicht begehbare Grünfläche im Bebauungsplan ‚Nördlich des Steinbrink‘ festzusetzen, sowie die erneute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 I BauGB erfolgt im Rahmen einer dreiwöchigen öffentlichen Auslegung im Rathaus. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die Öffentlichkeitsbeteiligungen gem. § 4 I BauGB, § 3 II BauGB und § 4 II BauGB durchzuführen.“

6. **Bebauungsplan "Erholungsgebiet Feldmark" - Detailplan 1 - Campingplatz Schulze Westhoff - 2. Erweiterung**
-Vorstellung der erneuten Änderungsplanung durch das Büro Drees und Huesmann
-Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung

Bürgermeister Uphoff schlägt die Absetzung des Tagesordnungspunktes vor. Das Büro Drees und Huesmann befinde sich noch in der Überarbeitung der Planung und sei zwischenzeitlich aufgefordert worden die Vielzahl an Überarbeitungen deutlich herauszuarbeiten und verständlich aufzubereiten.

Am Linnemann stimmt den Aussagen zu, auch er erwarte von dem Planer eine deutliche und allgemein verständliche Vorstellung. Die Am Peitz und Sökeland stimmen dieser Aussage zu.

Am Lentz regt an, fraktionsübergreifend einen Fragenkatalog zu erarbeiten, welcher durch den Planer anschließend zu beantworten sei.

Am Holz merkt ergänzend an, dass der Planer die Änderungen zudem terminlich aufzeigen solle.

Vorsitzender Berheide erfragt, ob es Einwendungen gegen die Absetzung von TOP 6 gebe. Dies ist nicht der Fall.

7. **Bebauungsplan „Südlich der Christian-Rath-Straße“ – 4. Änderung**
-Beschluss über die Anpassung des Plangebietes sowie die erneute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Herr Middendorf verliest die Vorlage und schildert die Änderungen im Entwurfsplan.

Am Lentz hinterfragt die Angaben zu den Geschossigkeiten und ob dies bedeute, dass keine Staffelgeschosse errichtet werden können. Bürgermeister Uphoff führt hierzu aus, dass die festgesetzte Zweigeschossigkeit hierbei nur Vollgeschosse berücksichtige. Staffelgeschosse werden nicht als Vollgeschoss berechnet und seien im Rahmen der festgesetzten Höhen möglich.

Am Holz hinterfragt die Schallschutzwand in Form eines Steilwandsystems und ob hier nicht auch ein Wall mit aufgesetzter Mauer umsetzbar wäre. Herr Middendorf erklärt hierzu, dass Straßen NRW bei Inanspruchnahme der Ausgleichsfläche an der Straßenparzelle einen 1:1 Ausgleich fordere. Eine Verrechnung über das Ökopunktekonto gehe in diesem Fall nicht.

Vorsitzender Berheide lässt über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des überarbeiteten Planentwurfes die erneute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 I BauGB erfolgt im Rahmen einer dreiwöchigen öffentlichen Auslegung im Rathaus. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die Öffentlichkeitsbeteiligungen gem. § 4 I BauGB, § 3 II BauGB und § 4 II BauGB durchzuführen.“

8. **Anlegung eines Bürgerwaldes**
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.01.2021

Herr Middendorf verliest die Vorlage im Wortlaut.

Am Lenz schlägt ergänzend vor, die nicht überplante Fläche auf dem ehemaligen Gerco Gelände hierfür zu nutzen.

Am Philipper begrüßt den Antrag und führt ergänzend aus, dass ggf. zwei Flächen, jeweils in Sassenberg und Füchtorf geschaffen werden könnten.

Am Ostlinning erfragt, wie die anschließenden Pflegearbeiten geregelt werden sollen. Bürgermeister Uphoff führt hierzu aus, dass es hierzu noch keine konkreten Überlegungen gebe, die allgemeine Erwartungshaltung der Bürger jedoch eine städtische Pflege vermuten lasse.

Nach weiterer kurzer Diskussion zu potenziellen Flächen und zu leistender pflegerischer Arbeiten lässt Vorsitzender Berheide über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Es ergeht mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung nachfolgender Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten für Baumpatenschaften vorzubereiten und geeignete Flächen vorzuschlagen.“

9. **Anlegung von Blühstreifen bzw. Blühflächen**

Herr Middendorf verliest hierzu die Vorlage und schildert mögliche Flächen welche für eine Anlegung von Blühflächen in Frage kämen. Ergänzend berichtet er von einem Programm des Kreises Warendorf, das derzeit Wildblumensamen in kleinen Tütchen für die privaten Gärten der Bürgerinnen und Bürger anbiete. Die Stadt Sassenberg habe ebenfalls ein Kontingent erhalten. Diese Blumensamen könnten ab sofort im Meldeamt kostenfrei bekommen werden.

Am Schuckenberg schlägt ergänzend zu den ermittelten Flächen die Wiesen hinter der Sekundar- und St. Nikolausschule vor. Herr Uphoff erklärt hierzu, dass diese Flächen von den Schulleitungen als problematisch angesehen werden, aufgrund von Allergien bei den Schülern.

Am Linnemann äußert grundsätzliche Zustimmung zu den vorgeschlagenen Flächen, wünscht sich für die in Füchtorf gelegenen jedoch eine zusätzliche Vorstellung im Ortsausschuss. Dies sichert der Bürgermeister umgehend zu, sowie auch Gespräche mit dem SC-Füchtorf vorgesehen seien.

Am Hartmann-Niemerg teilt mit, dass die Grünen bereits Blumensamen für ca. 3.000 m² ausgegeben haben und es bereits einige Aktive in diesem Bereich gebe, ggf. könne hier noch eine bessere Koordinierung oder ein Einsatz von Fachpersonal erfolgen. Vorsitzender Berheide stellt hier entgegen, das bei einem solchen Projekt auch mal kleinere Einzelaktionen erfolgen sollten.

Anschließend lässt Herr Berheide über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, auf Teilflächen der in der Vorlage genannten kommunalen Grundstücke Blühflächen anzulegen. Darüber hinaus sollen auch zukünftig geeignete Flächen in Blühflächen umgewandelt werden.“

10. Gestaltung des Kreisverkehrs Von-Galen-Straße, Klingenhagen, Drostenstraße

Herr Middendorf verliest die Vorlage, erläutert anhand einer Skizze das Vorhaben und stellt eine Kostenschätzung vor.

Am Peitz fragt an, ob die Stadt Sassenberg hierzu ein Angebot eingeholt habe. Bzgl. des vorgestellten Werbeschildes sieht er dieses als zu groß an. Bürgermeister Uphoff teilt mit, dass Herr Ostlinning das Angebot selbstständig der Stadt unterbreitet habe. Einen Aufruf hierzu habe es nicht gegeben.

Die vorgestellte Schildgröße wird in einer weiteren Diskussion zur Gestaltung und jetzigem Zustand von mehreren Ausschussmitgliedern deutlich kritisiert.

Am Linnemann verweist auf die Kreisverkehre in Füchtorf, welche durch die Bürger stets in gutem Zustand gehalten werden. Am Peitz ergänzt hierzu, dass sich dies in Sassenberg vermutlich schwieriger gestalten, aber ggf. der Bauhof dies übernehmen könne. Herr Uphoff teilt mit, dass eine aufwendigere Gestaltung nebst Pflege zu zeitlichen Einschränkungen für andere Bereiche führen könne, da die Kollegen des Bauhofes mit den derzeitigen Aufgaben bereits stark ausgelastet seien.

Am Holz möchte Details mit dem Anbieter nochmals abstimmen. Bürgermeister Uphoff sichert eine weitere Klärung zu und wird im nächsten Ausschuss nochmals berichten.

11. Erneuerung der Beleuchtung der katholischen Pfarrkirche in Sassenberg

Herr Middendorf verliest die Vorlage im Wortlaut und berichtet zudem von bereits erfolgten Vorgesprächen mit Fachfirmen, welche zwei Varianten mit unterschiedlichen Beleuchtungskonzepten vorgestellt haben.

Grundsätzlich wird die Überarbeitung der Turmbeleuchtung aus allen Fraktionen begrüßt, um das Wahrzeichen auch bei Dunkelheit sichtbar zu machen.

Am Holz weist jedoch darauf hin, dass auch Lichtverschmutzung eine Umweltverschmutzung darstelle und das in diesem Zuge eine Variante gewählt werden solle die mit weniger Leuchtstellen und ggf. einer zeitlichen Abschaltung in den Nachtstunden arbeite.

Bürgermeister Uphoff berichtet von einer provisorischen Beleuchtung im Dezember mit wenigen Scheinwerfern, welche bereits ohne eine berechnete optimale Positionierung eine deutlich bessere Ausleuchtung ergeben habe.

Nach weiterer kurzer Diskussion lässt Vorsitzender Berheide über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:

„Die Beleuchtung der katholischen Pfarrkirche in Sassenberg soll erneuert werden. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Maßnahme gemäß der Variante 2 beauftragt.“

12. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

AM Hartmann-Niemerg fragt bezüglich der E-Ladesäulen ob diese auf dem neuen Parkplatz am Drostengarten schon installiert seien. Herr Kniesel berichtet, dass diese noch nicht geliefert worden seien.

13. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Es liegen keine Anfragen vor.